

Bezugspreis:

Der „Tannusbote“ erscheint täglich, jedoch mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage und kostet im Vierteljahr einschließlich Bringerlohn M. 3.50, durch die Post ins Haus gebracht stellt sich der Bezugspreis auf M. 3.25. Wochenkarten, durch unsere Geschäftsstelle und unsere 5 Filialen zu beziehen, 25 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg.

Geschäftsstelle: Adenstraße 1
Fernsprecher No. 9

Tannusbote

Homburger Tageblatt

Anzeiger für Bad Homburg v.d. Höhe

Anzeigenpreis:

Die sechsspaltige Pettzeile oder deren Raum kostet 20 Pfg., im Reklameteil die Pettzeile 50 Pfg. Bei Anzeigen von auswärts kostet die sechsspaltige Pettzeile 25 Pfg., im Reklameteil die Pettzeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. Daueranzeigen 1. Wohnungsanzeiger nach Zellenzahl. Inserate rechtzeitig erbeten.

Postfachkonto Nr. 8974
Frankfurt am Main

Anzeigenpreis: Die sechsspaltige Pettzeile oder deren Raum 60 Pfg., für auswärts 80 Pfg. Im Reklameteil: die Pettzeile 1.25 M.; für auswärts 1.50 M. Bezugspreis: ab 1. April 1920 M. 8.00 vierteljährlich. Wochenkarten: 45 Pfg.

Nr. 99 Mittwoch, 5. Mai 1920 Gegründet 1859

Die Abrüstungsfrage.

Unsere Feinde von einst behaupten, Deutschland läme teils böswillig, teils unwillig seinen Verpflichtungen von Versailles nicht nach. Diese Behauptung widerlegt der Admiral Graf v. Baudissin, indem er zugleich nachweist, daß Deutschlands Abrüstung eine europäische Frage ist. Er schreibt u. a.:

Was zunächst die Behauptung angeht, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht entspreche, so müßte man wiederum gerade in Frankreich ein Verständnis dafür vermuten, was dazu gehört, um ein Land der allgemeinen Wehrpflicht, die bis in die feinsten Werten des bürgerlichen Lebens ging, zu einer militärischen Diktatur überzuführen, und daß eine derartige Kiesenarbeit ohne die schweren Erschütterungen von heute auf morgen unmöglich ist. Die ganze Welt befindet sich, starrend von Waffen, im Kriegszustand, und dasjenige Land, dem man den Militarismus vorhielt, glaubt man mit einer Handbewegung auf den Kopf stellen zu können. Dabei handelt es sich keineswegs nur um die materielle, sondern überragend um die moralische Seite.

Daß wir materiell den im Waffenstillstandsvertrag und im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nicht nur nachgekommen, sondern ihnen vielfach sogar zuvorgekommen sind, läßt sich zahlenmäßig belegen. Schon der Rohstoffmangel und die Notwendigkeit, die Industriearbeiter zur Vermeidung von Hungersnot und Unruhen zu beschäftigen, hat uns genötigt, zur Verschrottung der nicht mehr benötigten Geschütze, Munition und Waffen zu schreiten vor dem zehnten Januar 1920. Nach dem Waffenstillstandsvertrag mußte Deutschland an die Entente im guten Zustande abliefern: 5000 Kraftwagen, 700 Jagd- und Bombenabwurfslugzeuge, 2500 schwere und 2500 Feldgeschütze, 25 000 Maschinengewehre und 3000 Minenwerfer. In der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 5. Januar 1920 sind folgende Mengen verschrottet worden: 7800 Lafetten, 13 400 Geschützrohre, 4 100 Stückgeschütze, drei Millionen Artilleriegeschosse, 25 Millionen Zünder, über 16 000 Kg. Pulver und Sprengstoffe, zehn Millionen ungeladene Artilleriegeschosse und Munition, 3 1/2 Millionen Kartuschhüllen, 3 200 Minen und Granatwer-

fer, ferner über eine Million Handwaffen, 87 Millionen Patronen, acht Millionen Handgranaten, 21 000 Maschinengewehre, sowie über eine Million Säbel und Lanzen, Zahlen, die für sich selber sprechen.

Begleichen sind wir den Verpflichtungen in betreff der Festungen nachgekommen, indem wir zunächst die Armierungsbauten entfernt, den friedensgemäßen Zustand wiederhergestellt und schon vor dem Inkrafttreten des Friedens Munition, Handwaffen, sonstige Kampfmittel aus den Festungen entfernt, Geschützrohre, Lafetten usw. abmontiert haben, mit Abbau von Panzerkuppeln, Geschütztürmen begannen. Alle diese Abrüstungsarbeiten waren fristgemäß beendet und schon vor Eintritt des Friedenszustandes in Angriff genommen. Die einzige Ausnahme bilden die vom Feinde besetzten Festungen, aber nur, weil dieser sich die Festsetzung der Frist vorbehalten hat. Alles dieses ist nicht nur im Westen, bis zu fünfzig Kilometer östlich des Rheins, sondern auch an der Küste, im Besonderen in der Kieler Zone geschehen.

Nicht viel anders liegt es mit den festgesetzten Behauptungen über unsere Heeresstärke, die nach dem Zugeständnis der Verbandsmächte vom zehnten April bis zehnten Juli 1920 auf 200 000 Mann zugestanden worden ist. Trotzdem die Unruhen im März 1920 die Erfüllung dieser Bedingung ungemein schwierig gestalteten und die planmäßige Durchführung störten, beträgt die augenblickliche Stärke nicht über 200 000 Mann, gegenüber den umgebenden Mächten. Polen 600 000 Mann, Tschecho-Slowakei 300 000 Mann, eine derartige Unterlegenheit, daß es gerade absurd ist, von einer Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zu sprechen.

Die Märzvorgänge.

Die Strafverfolgung der Kappisten.

Berlin, 4. Mai. (Wolff.) Amtlich. Das unter Leitung des parlamentarischen Untersuchungssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsausschuss über die Märzvorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgelegt. Die Generale v. Hülsen, v. Lettow-Vorbeck, Strempele, die Obersten Frhr. v. Wangenheim, v. Ledebour, Oberstleutnant v. Klewisch und Major Mathios

unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben; General von der Hardt, Oberstleutnant v. Weßell und die Majore v. Sydow und Bodt zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen; die Fälle aus dem Gefangenenlager Chemnitz, den des Majors Wille und den des Oberstleutnants v. Fabel wegen mangelnder Beweise niedergeschlagen.

Die Konferenz in Spa.

Bei der bevorstehenden Konferenz in Spa wird bekanntlich die Entschädigungsfrage im Vordergrund der Erörterung stehen. Es soll die Höhe der Gesamtsumme festgesetzt und es sollen von deutscher Seite praktische Vorschläge über die Tilgungsart gemacht werden. Ein mit den Verhältnissen vertrauter deutscher Finanzfachmann äußert sich über die Frage, wieviel und wie Deutschland zahlen soll, in sehr sachlicher Weise. Er kommt zu folgenden Ausführungen und Vorschlägen: „Der Betrag der Entschädigungssumme wird in Goldmark zu berechnen sein. Gelegentlich der öffentlichen Erörterung, die man zurzeit in den Entente-Ländern dieser Frage widmet, hört man die Summe von zwei bis drei Milliarden Pfund, dies wären also vierzig bis sechzig Milliarden Goldmark. Ob die Alliierten in Spa tatsächlich mit diesem Betrag hervortreten, muß abgewartet werden. Von Wichtigkeit aber ist es, gleichviel über welchen Gesamtbetrag man sich einigt, in Spa durchzusetzen, daß abzüglich vom Berliner Vertrag, der eine 5-prozentige Verzinsung vorsieht, die Kriegsentchädigung unverzinst bleibe und keine bestimmte Annuität für ihre Tilgung, das heißt keine bestimmte Räte jährlich festgesetzt werde. Die Höhe der Annuität soll in Einklang mit der jeweiligen Leistungsfähigkeit Deutschlands, ausgedrückt in seinem Budget, gebracht werden. Für die ersten zehn Jahre käme vielleicht die durchschnittliche Höhe von einer Milliarde Goldmark in Frage, in den ersten Jahren eine geringere in den späteren Jahren dieses Dezenniums eine ausgleichende, höhere Summe. Das wäre aber schon als ein sehr schweres Opfer zu bezeichnen. Die gekannten Tilgungsbeträge aufzubringen, wäre nur dann möglich, wenn eine Reihe von Voraussetzungen, deren Zustandekommen vom guten Willen der Entente abhängt, sich erfüllen. Voraussetzungen, die eine Grundbedingung dafür sind, daß Deutschlands Wirtschaft &

Leben in Gang kommt und ernsthaft finanziell leistungsfähig ist und wird. Wird in Spa eine Methode gefunden, die feste Anfinstien bietet, die Schuldenlast zu tilgen, dann wird sich das Vertrauen zu Deutschland auch in sehr merkbarer Weise wieder heben, und die erfreulichen Wiltungen, die schon das Londoner Wirtschaftsmönifest aufwies, werden in noch stärkerem Maße in Erscheinung treten.

Die Verteilung der deutschen Kriegsschiffe.

Amsterdam, 4. Mai. (Wolff.) Dem Telegraaf zufolge, wurde im englischen Unterhause von der Regierung mitgeteilt, daß die ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe folgendermaßen verteilt werden: England erhält 5 Kriegsschiffe und 124 U-Boote, Frankreich 2 Kriegsschiffe und 38 U-Boote, Japan und Amerika je 2 Kriegsschiffe, Italien 7 U-Boote. Italien erhält dann die Kriegsschiffe, die in Scapa Flow versenkt wurden. (Heutezeit.)

Die Polen in Oberschlesien.

Eine Note der deutschen Regierung.

Berlin, 4. Mai. (Wolff.) In der Angelegenheit der durch die Veröffentlichung geheimer Dokumente bereits bekannten polnischen Rutschpläne in Oberschlesien ist dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, folgende Note übergeben worden:

Nach den Ereignissen der letzten Wochen in Oberschlesien hält sich die deutsche Regierung für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der interalliierten Kommission auf die Tätigkeit der polnischen revolutionären Organisationen hinzuweisen, welche eine gewaltsame Umwälzung in Oberschlesien zu Gunsten Polens anstreben. Die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Unterlagen weisen die polnischen Untergrundpläne einwandfrei nach, so zum Beispiel ein Befehl des Komitees zum Schutze Schlesiens, Organisations-Abteilung, vom 12. 4. 1920 Nr. 408/20, in dem zur gewaltsamen Vereinigung Oberschlesiens mit dem polnischen Staate aufgerufen wird. Die Schaffung einer Verschwörung und eines polnischen Aufstandes wird hierin im einzelnen vorbereitet und das Verhalten gegenüber der interalliierten Kommission

Das Auge des Buddha.

34) Roman von Friedrich Jacobsen.

„Sie denken an das Blochhaus Judica, in dem Ihr Gatte vermutlich seine erste Nacht zubringt?“

„Nein, das liegt wohl tiefer im Walde. Ich meine die Farm.“

„Wo ich wohne?“

„Natürlich — Sie und Ihre Frau. Wie heißt sie mit Vornamen?“

„Lottchen.“

„Ein guter deutscher Bürgername, wie er ins Haus gehört. Hat sich Ihr Lottchen leicht in das Farmerleben hineingefunden, Ulrich?“

„Sie stammt aus dem Walde, Judica.“

„Ich weiß, der Vater ist Oberförster. Aber das will nicht viel bedeuten, es ist doch ein Unterschied, ob die Rehe um das Haus spielen, oder ob Bären und Wölfe heranschleichen. Fürchtet sie sich nicht mitunter?“

„Es hat sie anfangs Ueberwindung gekostet.“ sagte Ulrich lächelnd, und Judica öffnete abermals die großen Augen.

„Ja, dazu muß man in der Pukta aufgewachsen sein und die Gefahren des Zirkus durchgemacht haben. Hat Ihre Frau jemals eine Büchse in die Hand genommen?“

„Im Ernst wohl nicht.“

„Sehen Sie, ich wollte John begleiten. Im Notfall hätte ich Männerkleider angezogen gegen die Dornen des Urwaldes — es kann doch vorkommen, daß ein Schuß

verfehlt, und daß der Kamerad einspringen muß. Ein solcher Kamerad wollte ich meinem Manne sein, aber er zog die Gesellschaft eines Regers vor, die hündische Treue des Möhrer dünkte ihm wohl zuverlässiger als eine anders geartete.“

Ulrich murmelte etwas von dem Behagen des Daseins, und Judica drückte unmutig den Kopf in das weiche Bärenfell.

„Tawohl, ein goldener Käfig für Ziervögel. Mein Gott, dieses schreckliche Gewitter, es kommt immer näher — vielleicht steht es auch über Ihrem eigenen Heim, und Sie als Fremder müssen eine fremde Frau behüten, während Ihr Platz doch anderswo sein sollte!“

„Sie sind mir doch nicht fremd, Judica!“

„Nein,“ sagte sie weich — „wir waren bei Morelli immer gute Kameraden, ich habe Ihnen damals zur Stelle verholfen, denn den Direktor konnte ich um den Finger wickeln. Wissen Sie noch, Ulrich, wie wir die hohe Schule ritten? Zuerst schoben unsere Pferde sich an, und dann steckten sie die Köpfe zusammen — zuletzt kam der Abend im Wägen der Katschellen.“

„Nun war das Gewitter über Ihnen und schüttete seine Feuergarben aus — es mußte auf die sonst so starken Nerven der jungen Frau einen fast dämlichen Eindruck ausüben, denn sie umflammte Ulrichs Arm mit beiden Händen, und er fühlte, wie sie sich answoll an ihn schmiegte.“

Aber das währte nur ganz kurze Zeit, dann löste sich das Toben des Unwetters in Regen, und Judica schlüpfte unter den

Händen des Mannes fort — sie stand plötzlich mitten im Zimmer und warf mit einer pantherartigen Bewegung die schwarzen Haare in den Nacken.

„Das ist köstlich, diese Lust muß man trinken! Kommen Sie, Ulrich, hier am Fenster ist es heller, da hinten war die Dunkelheit zum Ersticken.“

Es graute wirklich die allererste Morgenbämmerung heraus — jene Zeit, wo die Menschen am tiefsten zu schlafen pflegen, und das Verbrechen am sichersten seine Hände regt.

Von der Stadt kam kaum noch ein Laut herüber, und die Wolkenträger ragten listlos in den grauen Himmel; die Bäume des Parks rauschten unter dem gleichförmigen Regen, und Judica, die am offenen Fenster stand, lachte plötzlich leise auf.

„Jetzt kommt die Schadenfreude über mich. Jeder Mensch hat seine Schwächen, ich bewies es durch mein kindisches Verhalten, und nun fällt mir ein, daß Iwan Kasonoff, der starke Iwan, wasserscheu war. Natürlich — wie ein echter Russel. Wenn er jetzt um das Haus schleicht, nah wie ein Nilpferd, das wäre die gerechte Strafe für seine Schlechtigkeit. Oder glauben Sie, daß er überhaupt fortbleibt?“

„Dort kommt er,“ sagte Ulrich plötzlich.

Es tauchte in der Tat zwischen den Bäumen eine Gestalt auf, deren Umrisse allerdings nur undeutlich erkennbar waren, die aber dennoch scheinbar über Menschengröße hinausragte und daher sehr wohl auf den Rücken passen konnte. Außerdem ging sie vorsichtig und hielt sich im Schutz der Ge-

büchse, kam aber unverkennbar immer näher heran.

Ganz wie Verbrecher es zu tun pflegen, wenn sie die günstige Gelegenheit ausspüren.

In derselben Sekunde schien Judica vollständig umgewandelt. Mit einer Bewegung, die Ulrich aus dem Zirkus kannte, und die damals regelmäßig dem Widerstand des Pferdes gegolten hatte, raffte sie sich zusammen, und war mit einem Schritt am Gewächschrank. Dann stand sie wieder neben ihrem Gefährten und hielt die Büchse in der Hand — nicht im Anschlag, aber doch so, daß sie die Waffe jeden Moment hochnehmen konnte.

Ihr Atem ging durch die festgeschlossenen Zähne, aber obwohl ihre Schulter den Mann berührte, spürte er kein Zittern der schlanken Gestalt.

Das war die Judica, die sich erboten hatte, Löwen zu bändigen.

Sie sprach an Ulrichs Ohr.

„Haben Sie einen Revolver?“

„Ja.“

„Soll ich schießen? Er trägt ein Gewehr.“

Es sah in der Tat so aus, als ob der noch immer zwischen den Büschen stehende Mann etwas in den Händen hatte, das einer Waffe glich, aber genau war es nicht zu unterscheiden, und Ulrich begann für seine Gefährtin zu fürchten, denn das Fenster war offen und bei der geringen Entfernung bot die helle Gestalt der jungen Frau ein vortreffliches Ziel.

„Daden Sie sich, Judica!“

„Nein, niemals!“

festgelegt, damit aller Verdacht von den Polen abgewendet wird. Außerdem wird die sofortige Mobilisation der polnischen Militärorganisationen in acht oberösterreichischen Kreisen, nämlich Beuthen, Kattowitz, Königsgrätz, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Rybnik angeordnet. Ich beehre mich, sieben Photographien der Originalbefehle und sieben Übersetzungen der Dokumente beizufügen.

Die deutsche Regierung glaubt nicht fehlzugehen in der Voraussetzung, daß es nach Bestimmung und Geist des Friedensvertrages eine der wesentlichsten Aufgaben der internationalen Kommission darstellt, eine gerechte, in Ruhe und Ordnung sich vollziehende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten und daher vor allem jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern.

Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampforganisation, wie es die durch die Dokumente ausgedrückte Organisation ist, mit diesen Grundfögen nicht im Einklang steht und demzufolge ihr Wirken und ihre Ziele nicht die Billigung der internationalen Kommission finden können. Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die internationalisierte Kommission in Oppeln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten, patriotischen Verbänden geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Bestimmungen in Artikel 88 Abs. 3 Abs. 5 des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterliegen müssen.

Von den deutschen Geschäftsträgern in London, Paris und Rom wird den dortigen Regierungen von obenstehender Note Kenntnis gegeben.

Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des B. T. aus Breslau hat man bei polnischen Mannschaften im Kreise militärischer Schriftstücke gefunden, aus denen hervorgeht, daß die polnischen Pläne auch dahin zielen, Mittelschlesien bis zur Linie des Flusses Bartisch zu besetzen. Man hat Reichwehrruppen an die Grenze zur Sicherung geschickt.

Tumulte in Oppeln.

Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Wie die Morgenblätter aus Oppeln melden, zogen die deutschen Arbeiter vor die Wohnungen der Polenführer und setzten die Herausgabe der Waffen und weißen Adler durch. Am Abend drang die Menge in die Räume der polnischen Heftblätter, demolirten die Maschinen und schleppten die halbfertigen Zeitungen auf die Straße, wo alle zerstreut wurden.

Die Streiklage in Frankreich.

Paris, 4. Mai. (Wolff.) Die Streiklage wird heute vom „Petit Parisien“ dahin gekennzeichnet, daß die Lage bei den Eisenbahnen stationär sei mit einer Tendenz zur Besserung, daß jedoch die Angestellten der Handelsmarine den Streik in den meisten großen Häfen beginnen hätten. Die Bergarbeiter hätten fast überall dem Streikbefehl

Folge geleistet. Im Norddepartement werde die Entscheidung heute fallen. Sowohl in Bordeaux wie auch St. Nazaire und Nantes trete der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in die Erscheinung. Inzwischen seien zahlreiche weitere Verhaftungen in der Provinz vorgenommen worden. In Paris sei es nicht möglich gewesen, die drei Sekretäre der Eisenbahnergewerkschaft Mon-noussau, Leveque und Widdl zu verhaften, da sie nicht angetroffen wurden. Auch Sirolle, das Mitglied des ausführenden Ausschusses der Eisenbahnergewerkschaft, konnte nicht verhaftet werden. Dagegen sei der Direktor der Zeitung „La Vie Ouvrier“ Minette in Haft genommen. Ein Verhafteter sei in Deauville von 500 streikenden Arbeitern wieder aus der Haft befreit worden. Auch in Marseille sei es wegen der Verhaftung eines Streikführers zu Schlägereien gekommen, bei denen 8 Polizisten verwundet wurden. Die Vereinigung der ehemaligen Kämpfer unter den Eisenbahnern erlasse ein scharfes Manifest gegen den Streik. Der Verwaltungsrat der C. G. T. protestiere scharf gegen die Erklärungen Millerands in der Pariser Presse und wiederholt, daß die Arbeiter unmöglich sich fortgesetzt im gleichen Kreise bewegen können. Die Gehaltserhöhungen seien ungenügend, um das Gleichgewicht wieder herzustellen und die gestellten Probleme zu lösen. Eine Umgestaltung der Methoden und der Verwaltung sei nötig.

Totalnachrichten.

Zuschriften über Totalereignisse sind der Redaktion stets willkommen und werden auf Wunsch honoriert.

Aus dem Stadtparlament.

Zu einer Dauersitzung versammelten sich gestern Abend wieder unsere Stadt. Körperschaften im Rathaus. Sie bewiesen dabei erneut eine derartige Redebegeisterung, vermisch mit unermüdlicher Ausdauer, daß wir bei vollständiger Wiederbelebung all der Ergüsse mindestens für eine Woche mit Lebenskraft versorgt wären. Und da wir annehmen, daß unsere Beziehung auch gerne etwas anderes lesen möchten, wollen wir uns Mühe geben, die Sache möglichst kurz zu machen.

Eingeleitet wurde die von 4 Magistratsmitgliedern und 28 Stadtverordneten besuchte und unter Leitung von Dr. A. Rüdiger stehende Versammlung durch den Antrag der Stadtverordneten Quirnbach und Genossen auf Feststellung des jeweiligen Stadtpreises durch Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung.

Stadtv. Quirnbach (3.) begründete diesen Antrag mit dem öffentlichen Interesse, das, wie bei allen städt. Angelegenheiten, ganz gewiß auch hier obwalte. Seitdem der Beschluß durch das Plenum weggefallen, seien die Preise sprunghaft in die Höhe gegangen. Obwohl dabei die G. und W. Deputation kein Verschulden treffe, sei es doch ratsamer, die Gründe für die Erhöhung wieder in der Öffentlichkeit zu erörtern. — Vom Magistratsrat wurde wiederholt gebeten, es bei der bisherigen Gepflogenheit zu belassen. Erstens, um kein der Stadt so notwendiges Geld zu verlieren und zweitens, um den Inflationsschlag abzufangen. — Nachdem sich noch die Stv. Dr. Wolff, Zimmerling, Odenweller und Behle zur Sache geäußert, erfolgte Annahme des Antrags Qu. mit kleiner Mehrheit.

Zu einer längeren Aussprache führte der folgende Punkt:

Fenster habe ich wegen der schwülen Luft heruntergelassen — legen Sie sich nur wieder hin, das Unwetter ist vorüber.“

Während der Mann sich entfernte, schloß Judica das Fenster, zog die Vorhänge zusammen und schaltete den Kronleuchter ein. Dabei fiel ihr Blick in den Spiegel, sie tastete nach den aufgelösten Haaren, ließ aber sofort die Hände wieder sinken.

„Es ist ja doch einerlei. Uebrigens hätte ich niemals gedacht, Ulrich, daß Sie eine Dame so raub anfallen könnten; ich werde blaue Flecken am Körper haben.“

„Dann bitte ich um Verzeihung.“ sagte er ruhig. „Aber ich wachte Sie in Gefahr.“

„Glauben Sie denn, daß ich böse bin? Es kann Fälle geben, wo eine Frau, die lieber hart anfallen läßt als gar nicht. Uebrigens denke ich, daß die Gefahr jetzt endgültig vorüber ist.“

„Ich auch, Judica.“

Sie kauerte sich in einen Sessel und sah ihn prüfend an.

„Aber nun müssen wir weiter überlegen — die eigentliche Gefahr beginnt nämlich jetzt erst. Meine alte, geschwähige Salome hat ja leider verraten, daß John sich im Alleghaniagebirge auf der Jagd befindet, und seine Verfolger werden ihn sicher dort auffuchen, denn wenn sie ihre Beute hier vermuteten, dann wäre die Nacht nicht so ruhig vergangen.“

Ulrich dachte nach.

„Ich kehre noch heute nach Hause zurück.“

Verlängerung des Pachtvertrages mit der Schäfereigesellschaft Kirdorf.

Der Magistrat hatte beschlossen, den Pachtvertrag vom 10. 3. 15 auf 5 Jahre bis zum 31. 3. 25 zu verlängern und dabei festzusetzen, daß für die Schafweide 60 M., die Pflanzung 600 M. und die Grasnutzung 150 M. zu zahlen sind. Das Gelände am Weberspfad ist dabei nicht mitverpachtet. — Stv. Odenweller (M. S.) begründete in ausführlicher Weise einen Antrag, die Schafweide auf den Wegen, die durch Körnerfruchtfelder führen, während der Dauer von 4 Monaten zu verbieten. Der Schaden, der sonst angerichtet würde, sei für die Volkswirtschaft ein sehr nicht wieder gutzumachender. — Stv. Denfeld (3.) verwies darauf, daß diese Mängel seither noch nicht allgütig in Erscheinung getreten seien, obwohl schon seit Jahrzehnten Schafzucht betrieben würde. Für den Schaden sei die Gesellschaft haftbar. — Stv. Odenweller (M. S.) bat, zunächst Erhebungen durch die Feldhüter anstellen zu lassen und die Sache vorerst zu vertagen. Dahin ging auch der Beschluß, nachdem sich noch Stv. Blum (D. M. B.) und Bürgerm. Feigen im Sinne des Antragstellers, die Stv. Quirnbach und Wächterhäuser (D.) in gegenständlicher Art ausgesprochen hatten.

Ohne Diskussion wurde dem Gesuch des Rindviehzuchtvereins Homburg auf Ueberlassung der Grasnutzung einiger Wege

stattgegeben. Für die Benutzung einer ganzen Anzahl Wege hat er eine Jahrespacht von 125 M. zu entrichten.

Zu dem folgenden Punkte, die Nachtsteuer betr.,

lag der Magistratsantrag vor, eine Kommission, bestehend aus dem Oberbürgermeister und 2 Stadtverordneten, zur direkten Verhandlung mit dem Reichsfinanzminister nach Berlin zu entsenden, außerdem ein ausführliches Schreiben dorthin abgehen zu lassen. — Oberb. Lübke begründete den Antrag, 600 000 M. würden uns im neuen Rechnungsjahre fehlen, wenn uns nicht gestattet würde, die Nachtsteuer bei der neuen Steuerberechnung mit in Ansatz zu bringen. Ausnahmen könnten in zwingenden Fällen von dem Herrn Minister sehr wohl gestattet werden, auch wenn die Nachtsteuer erst nach dem 10. 3. beschlossen worden sei. — Ergänzend bemerkte der Vorsitzende, daß nach den jüngst erlassenen Bestimmungen uns von der Reichseinkommensteuer der Betrag von 1919 zuzüglich 25% Steigerung zugebilligt worden sei. In Betracht kämen aber nicht die nach dem 10. 3. beschlossenen Nachtsteuern. Im letzten Jahre habe das Einkommensteuersoll 700 000 M. betragen, dazu 25% ergäben 875 000 M. Eingeholt seien aber in den Etat für 1920 1 561 000 M., es fehlen uns also 686 000 M. — Stadtv. Weichhaupt (3.) gab das Einverständnis seiner Partei mit dem Vorschlag kund und empfahl, die Stv. Behle und Quirnbach der Kommission beizugesellen. Die Versammlung stimmte zu.

Wiederholt beschäftigt hat die Versammlung schon der

Tarif mit den Fuhrunternehmern für städtische Fuhrn.

Kürzlich wurde beschlossen, die Vergütung der Fuhrleistungen auf 120 M. für den

Zweifspanner und 80 M. für den Einspanner zu erhöhen. Die Fuhrunternehmer haben nunmehr in einem Schreiben die rückwirkende Zahlung ab 1. Febr. verlangt und bei Nichtbewilligung angedroht, vom 15. Mai ab die Fuhrleistungen einzustellen. Dem ablehnenden Beschlusse des Magistrats schlossen sich die Stadtverordneten ohne Widerspruch an.

In der letzten Sitzung wurde schon von dem Stv. Schick (3.) die

Instandhaltung des Daches der Gymnasialturnhalle

angeregt. Vom Magistrat wurde nunmehr ein Kredit von 6000 M. dafür auf den Etat 1920 verlangt und von der Versammlung genehmigt. Die Arbeiten sind bereits begonnen.

Ebenfalls auf den Etat 1920 angefordert wurden 2500 M. für

Umdeckung eines Dachteiles des Gymnasiums. Hand Genehmigung.

Weitere 6000 M. 1920 zu verrechnen, bewilligte die Versammlung für

Instandsetzung der städtischen Postwagen, für die in letzter Zeit wiederholt hohe Reparaturkosten notwendig waren und die im Hinblick auf die bevorstehende Nachzahlung in Ordnung kommen muß.

Der Magistrat ersuchte um Beitritt zu seinem Beschlusse, die

Errichtung von Baualleien des Waldfriedhofes

vorläufig aufzuschieben. Die ungünstige Finanzlage der Stadt habe die Veranlassung dazu gegeben. — Stv. Quirnbach befragte den Mag.-Antrag, denn die betreffenden Bauten seien mindestens 1-2 Jahre noch entbehrlich. Die Aussicht, die dem Magistrat zugeordnet sei, könne auch von dem Kirdorfer Wärdner nebenamtlich mitversehen werden. — Das gab an eine Debatte von kaum übersehbarer Länge und bei der der Magistratsstandpunkt nur wenig geteilt wurde. Da sogar die Materialien bereits an Ort und Stelle vorhanden sind und man anderenteils auch Arbeitsgelegenheit im Baufache schaffen würde, konnte man sich sowohl nicht für den Mag.-Antrag, als für einen Antrag Behle (M. B.) auf Zurückstellung bis zur Etatberatung, erwärmen, sondern verblieb bei dem alten Beschlusse, Wärdnerhaus und Abortanlagen sofort in Bau zu nehmen. Die Baukosten mit 92 000 M. sind ebenfalls bewilligt.

Vom Oberbürgermeister erging sodann die

Mitteilung der Polizeiverwaltung betr. Vermehrung des Polizeipersonals.

Auf Verfügun der französischen Besatzungsbehörde muß das Polizeipersonal um 100 Mann vergrößert werden. Die Kosten dafür hat das Reich zu tragen, entsprechender Antrag ist schon gestellt. Diente zur Kenntnis.

Den letzten und zugleich heikelmäßigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Vorlage

Erhöhung der Kurtaxe.

Zwei Stunden lang — bis die Glocke 12 geschlagen hatte — bewegte sie die Gemüter. Vom Magistrat wurde die Vorlage, die ihm in der letzten Sitzung zurückgegeben wurde, erneut mit der Bitte um Zustimmung unterbreitet. — Stv. Schick

Da legte er den Arm um sie, mit einer unwillkürlich schützenden Bewegung; aber bevor sie Widerstand leisten konnte, kam etwas Unerwartetes dazwischen.

Der Kaufmännler, der bisher ruhig vor dem Divan gelegen hatte, erhob sich und trat neben seine Herrin. Anscheinend witterte er die Anwesenheit eines Menschen da draußen im Park, und sowohl Judica wie Ulrich glaubten, daß er sich jetzt durch das offene Parterrefenster und auf den Einbringling stürzen werde; statt dessen tat er sich plötzlich nieder und klopfte leise mit der buschigen Hand den Teppich.

Judica machte sich mit einem Ruck los und lehnte die Büchse an den Sessel.

„Ich bitte, Ulrich, treten Sie geräuschlos hinter diese Gardine — es ist der Gärtner, Pluto hat ihn erkannt.“

Dann beugte sie sich aus dem Fenster und sprach in den Regen hinein:

„Jackson, was machen Sie denn da so früh am Morgen?“

Der Mann kam sofort näher heran und nahm seinen Hut ab; er war von gewöhnlicher Größe, und nur der Dunst hatte seine Gestalt so protest erscheinen lassen; er trug auch kein Gewehr, sondern einen Stock, auf den er sich stützte.

Verzeihung, Lady, aber bei dem Gewitter konnte ich nicht schlafen. Und weil das Fenster von Mister Perry offen stand, so dachte ich, es wäre vielleicht was passiert.“

Judica sprach ruhig weiter.

„Es ging mir wie Ihnen, Jackson. Das

Wenn die Jagdhütte bei der sogenannten Salzhede steht, dann sind das höchstens ein paar Meilen von meiner Farm, und ich könnte ihren Gatten warnen. Ich würde ihm sogar beistehen, denn wir sind daheim zwei Männer.“

„Also vier gegen zwei. Wissen Sie nicht, Ulrich, daß John allein es mit einem halben Duzend aufnehmen?“

„Auch wenn er Ihren Hannibal als Gegner hat?“

„Das ist allerdings wahr, Hannibal zerbricht Eisen, ich habe seine Kraft gespürt. Aber Sie selbst sollen sich keiner Gefahr aussetzen, Ulrich — höchstens wenn ich zugegen bin. Ich werde also John aufsuchen; und dabei bleibt es.“

„Unter meinem Schutz, Judica?“

„Ach,“ sagte sie, „wie weit bin ich in der Welt herumgewesen, ohne daß jemand meine Hände über mich hielt! Feinde waren es freilich nicht immer, gegen die ich mich zu wehren hatte, es mußte denn sein, daß wir Frauen jeden Mann als unsern natürlichen Feind betrachten.“

„Sehen Sie mich mit diesen Augen an?“ fragte er, und Judica erhob sich von ihrem Sitz. Sie legte den Arm leicht auf Ulrichs Schulter und neigte sich so nahe zu seinem Gesicht, daß er sie hätte küssen können.

„Nein, mein Kamerad, sonst wären wir nicht hier beisammen. Hat es nicht eine Stunde gegeben, wo ich Ihnen das Leben rettete, als Feigheit und Hinterlist Sie bedrohten? Ich weiß es, Sie sehn sich danach, jene Stunde wettzumachen. Kommen Sie mit mir, bringen Sie mich zu meinem Gatten. Mögen die Leute sagen, was sie wollen — mögen sie uns für ein Ehepaar halten! Mein Himmel, wenn es nicht so gekommen wäre, dann hätte es so kommen können. Aber heute —“

men Sie mit mir, bringen Sie mich zu meinem Gatten. Mögen die Leute sagen, was sie wollen — mögen sie uns für ein Ehepaar halten! Mein Himmel, wenn es nicht so gekommen wäre, dann hätte es so kommen können. Aber heute —“

Sie schlug die Vorhänge zurück und sah in den Park.

„Der Regen hat aufgehört, jetzt wird es wirklich Tag. Ich möchte doch nicht, daß man uns hier beisammen sieht — bis jetzt hat es keine Gefahr, denn meine Salome ist wohl geschwähig aber in der einen Sache kann sie schweigen wie das Grab. Auf Wiedersehen, lieber Freund!“

Als Ulrich durch den regenfeuchten Park schritt, begann das Leben in Neunorf. Es war wie das Erwachen eines Riesen, der die mächtigen Glieder streckt, und die Erde erbebt davon.

Es gab keinen größeren Gegenatz als diese paar Quadratmeilen, auf denen 100 000 Menschen von Millionen zusammengepresst, und jene unermesslichen Einden, die von Urwäldern bedeckt und von mächtigen Strömen durchfurcht wurden, und Ulrich empfand ihn mit seiner ganzen Schärfe.

Im Angesicht der turmhohen Häusermassen dachte er an ein niedriges Schindeldach, das von der nächsten Siedlung weiter entfernt war als der Zentralpark von der Brooklynbrücke, aber er suchte vergeblich nach einer Gemeinsamkeit, die doch sonst allen Dingen eigen ist.

Er fühlte sich ruhelos und blickte mit Unbehagen in die nächste Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

wollte zuvor Näheres vom Magistrat hören, nur über die Gesellschaft, sondern auch über die neue Gesellschaft, sondern auch die Durchführung der jüngst gefassten Beschlüsse, sowie über den Stand der Aufschüsse hören. Er konnte dem Magistrat den Vorwurf nicht ersparen, daß er bei all diesen Dingen nicht mit der wünschenswerten Schärfe und Eile vorgegangen sei. — Stv. Odenweller (M. S.) verlangte Auskunft, wie es mit den Zeitungsberichten über die alte A. G. stehe. Die Sache würde immer verwickelter und komplizierter. Die Stadt müsse endlich da drüber aufklären. Hoffentlich würde die Kündigung fruchtlos verlaufen und der Stadtschluß durchgeföhrt, sei es mit Schiedsgerichtsverfahren. Reiche dies auch noch nicht aus, dann solle die nun genügend starke Polizei die Gesellschaft einfach vor die Tür setzen. Die Hoffnungen seien anscheinend auf das Spiel gesetzt, um dessen Konzessionsverlangung man sich neuerdings wieder bemühe. Bei Erfolg dürfe nur der Stadt die Auszahlung zugute kommen. Klarheit über alle ungelösten Fragen müsse unbedingt geschaffen werden. — Stv. Debus (M. P.) war der Ansicht, daß bei der Debatte nicht viel herauskomme. Die A. G. sei Privatunternehmen und nach den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln. In letzter Stunde habe die A. G. wieder Geld bekommen, den Betrieb wieder aufgenommen und reguliere ihre Verpflichtungen. Erst müsse das Schiedsgericht entscheiden, ehe eine neue Gesellschaft an die Stelle der alten, die ohne weiteres nicht abtreten wolle, kommen könne. — Stv. Dippel (M. S. P.) führte an, daß schon seit einem halben Jahr diese Debatte geführt würden und noch sei man keinen Millimeter weiter gekommen. Man suche eben die Gesellschaft zu halten, es sei eine Machtfrage dieser Herren. Wenn die Stadtverordneten mitgingen, gewähre man der A. G. nur eine Galgenfrist und im Herbst stünden wir vor der gleichen Tatsache. Gegen die Erhöhung der Kurtaxe sei an sich nichts einzuwenden, aber vorher müsse reiner Wein eingeschenkt werden, über all die Maßnahmen, die bei der A. G. passiert seien. — Oberbürgermeister Lübke wies zunächst den Vorwurf des Stadtsch. Schid, daß der Magistrat nicht energisch genug vorgegangen sei, als unbegründet zurück. Das Urteil sei vornehmlich und ohne Kenntnis der Verhältnisse erfolgt. Dazu müsse man Unterlagen haben, die Sch. nicht besitze. Vorläufig lebten wir noch in einem Rechtsstaate und nicht die Polizei, sondern höchstens der Staatsanwalt habe das Recht, eingzugreifen. Der Vertrag sei rechtsgültig gemacht und auf 75 Jahre abgeschlossen. Da die Vertragspflichten nicht mehr erfüllt wurden, sei die Kündigung ausgesprochen worden. Da sie aber nicht angenommen wurde, hätte das Schiedsgericht zu sprechen, das mit Beschleunigung angerufen sei. Es könne diese lange Zeit dauern. Die Gesellschaft stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß sie sich halten könne. Ueber die Muster vermöge er keine Auskunft zu geben. Eine alsbaldige Aufsichtsratsitzung sei ebenfalls beantragt. Die neue Gesellschaft könne erst dann in Funktion treten, wenn das Verhältnis mit der alten geregelt sei. Die gegenwärtigen Leiter verdienen Vertrauen, wenn sie auch keine geschäftsgewandten Herren seien. Die so schlecht gewirtschaftet hätten, wären kalt gestellt. — Stv. Schid monierte nochmals, daß der Magistrat zu lange gewartet habe, nämlich bis zum Beginn der Kur. Betreffs der Muster müsse sich der Magistrat schon wegen der Rechtsverhältnisse — Pensionierung u. s. w. — um die Sache kümmern. — Stv. Odenweller stellte Antrag auf Vertagung. Vom Magistrat sei eine Vorlage ausgearbeitet, nach der der Stadt von der Kurtaxe 20—30% Aufschlag zugute komme. Durch Vermittlung des Gewerkschaftsrates sei mit den Muster ein vorläufiger Vertrag bis 25. Mai abgeschlossen worden. Sehr eingehend schiederte O. dann noch all die in Umlauf befindlichen Standaugeschichten von der A. G. und ihren Geschäftsführern, die zum Teil auch in der Presse wiederholt zur Sprache kamen. — Oberbürgermeister Lübke versicherte nochmals, daß der Vertrag ordnungsmäßig gekündigt sei. Man müsse infolge der Abschneidung der Schiedsgerichtsverfahren abgewartet werden. Wenn ihm jemand einen anderen Weg zeigen könne, wäre er dankbar dafür. — Stv. Schmid (M. S.) brachte in Vorschlag, die Kurtaxe in verschiedenen Klassen, je nach der Vermögenslage zu erheben. Bei der unentgeltlichen Wasserabgabe an die Homburger müsse der alten Gesellschaft eine Erneuerung vergütet werden. Der A. G. dürfe man keine Einnahmen zuführen, wenn sie nicht den Nachweis ihrer Geschäftsfähigkeit erbringe. — Stadtsch. Jungblut (Z.) glaubte, daß man sich über die A. G. wohl schon sattem unterhalten habe. Hier müsse man sich mit Geduld üben, denn die Verhältnisse seien

eben nicht so schnell zu regeln, weil uns ein Vertrag mit all seinen Konsequenzen binde. Er glaube, daß die A. G. in ihrer Mehrheit wohl zum Abtreten bereit sei, nur müsse erst eine Generalversammlung dazu Beschluß fassen. Der Vorstand der A. G. hätte gar nicht gut anders handeln können. Ob das Schiedsgericht zu einem schnellen Erfolge führen würde, möge er bezweifeln. Der alte Weg, der der friedlichen Verständigung, führe rascher zum Ziele. — Stv. Schid richtete Dankesworte an die Stv. Odenweller und Jungblut für die Ausführungen, die der Magistrat nicht zu geben in der Lage war. — Stv. Everts (D.) bestätigte gerne, daß nach seinen Erfahrungen im Aufsichtsrat der A. G. Herr Oberbürgermeister Lübke jederzeit wohl und ganz die Interessen der Stadt Homburg vertreten habe. Nach einer nochmaligen Klarlegung der letzten Ereignisse in der A. G. machte E. den Vorschlag, die Erhöhung der Kurtaxe wohl zu bewilligen, aber nur die alte Summe an die A. G. abzuführen und die Differenz für die Stadt zu behalten. — Stv. Debus beantragte, die beim Badverkongresse beschlossenen Mindestsätze von 60 resp. 30 heute zu bewilligen. — Bürgermeister Freigen führte an, daß jetzt schon der Stadt 10% von der Kurtaxe infolge der Vergütungssteuer zufließen, von den Vergütungs-Berichtungen sogar 20%. — Stv. Dr. Wolff (M. P.) kennzeichnete den juristischen Standpunkt in Sachen A. G. Es sei alles getan worden, um unverzüglich zu einer Entscheidung zu kommen. Die Kurtaxe aber müsse bewilligt werden, sonst komme doch die Stadt zu Schaden. Jetzt treibe man eine Verärgerungspolitik, die kaum zu billigen sei. Die A. G. wolle sich auch in ihren Ausgaben einer Kontrolle durch 3 Herren unterwerfen, so daß Gewähr für ordnungsgemäße Verwendung der Gelder wohl gegeben sei. — Im Laufe der weiteren Debatte, die sich hauptsächlich noch um die Besteuerung der A. G. drehte, stellte Dr. Wolff Antrag auf momentliche Abstimmung, die er bezüglich des Antrags des Stv. Debus wieder zurückzog. Stv. Eittinger hatte einen Zusatzantrag zur Kurtaxe von 20% als Luftfahrtssteuer beantragt. Angenommen wurde schließlich der Antrag Debus.

Den Beschluß der Versammlung machten die üblichen Interpellationen, denen wir aber wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr beizutreten konnten. Eine Geheimfugung fand nicht statt.

c. Schlichtungsausschuß. Wegen starker Überlastung ist der Schlichtungsausschuß zu Frankfurt a. M., wie uns mitgeteilt wird, fortan zur Übernahme der Streitigkeiten aus dem Overtaunuskreise und dem Kreise Uffingen nicht mehr bereit. Zuständig ist jetzt der Schlichtungsausschuß in Höchst a. M.

d. Die Ausgabe der neuen Postkarten erfolgt von morgen Donnerstag ab in der im Anzeigenteil veröffentlichten Reihenfolge. Gleichzeitig werden Fragebogen für die neue Rohlenkarte ausgegeben, die bis zum 13. Mai an die Ortsstellen zurückzugeben sind.

e. Lebensmittelzulagen. Am Freitag und Samstag werden ausgegeben an Kranke: 50 Gr. Butter und 250 Gr. Grieß, an Kinder bis 2 Jahren: 250 Gr. Gerstemehl.

*** Deutsch-nationale Volkspartei.** Der für morgen Donnerstag abend, angekündigte Vortrag, ist auf Dienstag, den 18. Mai verschoben worden.

f. Den gegenwärtigen Staatsbahnfahrplan bringen wir in unserem heutigen Anzeigenteil zum Abdruck. Unseren Lesern empfehlen wir, denselben auszuschneiden und aufzubewahren.

*** Verjährung von Handwerkerforderungen.** Die Handwerkskammer in Wiesbaden schreibt: Bekanntlich war während des Krieges der Lauf der Verjährungsfristen gehemmt. Durch Reichsgesetz vom 3. April 1920 sind diese Verjährungsfristen nunmehr vom 16. August 1920 ab wieder in Lauf gesetzt. Handwerker, deren Forderungen von der Verjährung bedroht sind, werden auf dieses Gesetz hierdurch aufmerksam gemacht.

*** Ein Kalenderkuriosum.** Seit dem 1. März stimmt der Kalender d. J. mit dem des Jahres 1919 vollständig überein. Nicht nur, daß alle Wochentage auf dasselbe Monatsdatum fallen, auch die Feste, Oftern, Himmelfahrt, Pfingsten usw. haben das gleiche Datum wie die entsprechenden Feste des Jahres 1915.

Vom Tage.

c. Gonsenheim. Ueber die Gemeindevorsteher-Sitzung am 30. April erhalten wir folgenden Bericht: Anwesend sind Bürgermeister Höller, die Vorstandsmitglieder H. Wagner, H. Roth, Gg. Burt (bürgl.) und A. Köstling (fog.) sowie die Gem.-Beitr. K. Reih, J. Burt, J. Galt (fog.) und W. Wagner, Gg. Schab, C. Galt, H. Densfeld sowie K. Rühl (bürgl.). Es fehlten H. Jämsch, E. Lumme (bürgl.) und K. Jänhan (fog.). Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Regelung der Gehaltsbezüge der

Gemeindevorsteher; 2. Bericht der Wirtschaftskommission; 3. Erziehungswahl; 4. Antrag bei der Regierung um Erhebung einer Nachsteuer (Gemeindegeld). Bgm. Höller eröffnet die Sitzung und weist nochmals auf den Antrag der Sozialdemokr. Fraktion hin, der die vorläufige Regelung der Beamtengehälter fordert. Gleichzeitig macht er den Vorschlag des Vorstandes bekannt und bittet, diesem zuzustimmen. Gem.-Beitr. Schab findet den Grundgehalt von 3000 M. nebst 50% Ortszulage und 50% Teuerungszulage zu hoch und beantragt den Punkt zu vertagen, da nach seiner Meinung die Regelung von Staat in nächster Zeit bevorstehe. In sachlicher Ausführung erwidert Gem.-Beitr. Reih, daß man hier nichts ungewöhnliches mache, denn nach der Gehaltsregelung, die rückwirkend ab 1. April stattfindet, werde die Gemeinde jedenfalls noch etwas nachbezahlen müssen. Diese Ansicht teilen alle Gem.-Beitr. außer Schab. Gem.-Beitr. Galt fügt noch hinzu, daß nicht zu viel verlangt sei, sondern nur das Notwendigste zum Lebensunterhalt. Nach nochmaliger Befürwortung von Seiten des Beigeordneten Wagner und des Schöffen Köstling wurde mit 9 Stimmen beschlossen, die geforderten Gehaltsbezüge zu gewähren. Nach längerer Debatte über den Gehalt des Gem.-Rechners, stellt der Gem.-Beitr. Galt den Antrag, die Stelle nochmals auszu-schreiben mit dem Bemerkten, daß der Grundgehalt 4500 Mark nebst Orts- und Teuerungszulage als Provision in Aussicht stehe, und dieses in nächster Zeit vom Staat geregelt wird. Wird zugestimmt. Die Regelung des Gehalts für den Bürgermeister wurde auf dessen Wunsch bis nach Erledigung der Tagesordnung zurückgestellt. Zu Punkt 2: Gem.-Beitr. Wagner verliest das Protokoll der Wirtschaftskommission und macht bekannt, daß durch einen plötzlichen Preisanstieg ein unbedeutender Verlust zu verzeichnen sei. Gem.-Beitr. Schab kritisiert die Handlungsweise insofern, daß die Kommission nicht zuerst den Gem.-Beitr. Kenntnis von ihrer Handlung gegeben hat. Gem.-Beitr. Reih spricht ihm einerseits das Recht der Kritik zu, andererseits weist er den Vorwurf zurück, denn hier sei Eile notwendig gewesen, wenn nicht noch ein größerer Verlust gebucht werden würde. Bürgermeister Höller und Beigeordneter Wagner brachten zum Ausdruck, daß man die Kommission in ihrer Tätigkeit nicht beengen sollte, denn dadurch wäre es nur möglich, billige Ware an die Einwohner abzugeben. Gem.-Beitr. Reih wünscht eine Neuwahl der Wirtschaftskommission. Hierauf erwidert Beigeordn. Wagner, daß dieses nicht angebracht sei, da dieselbe eingearbeitet und Erfahrungen gemacht habe. Gleichzeitig spricht er im Namen der Vertretung das Vertrauen aus und dankt der Kommission für die geleistete Arbeit. Zu Punkt 3: An Stelle des ausgeschiedenen Gem.-Beitr. Mitglieds Roth aus dem Komiteeausstand, wurde Herr Gärtners M. Bauer, im Ablehnungsfalle Herr M. Fischer gewählt. Zu Punkt 4: Gem.-Beitr. J. Burt führt Klage über die unzureichende Verteilung der Reinwandstoffe, da dieselbe nur für minderbemittelte und linderreiche Familien bestimmt sind. Gem.-Beitr. Reih macht den Vorschlag, eine Kommission zu wählen, welche die Verteilung der zugewiesenen Waren recht fertigt. Diesem wurde zugestimmt und die Herren Jakob Burt, Bernh. Rins und Jak. Rühl in Vorschlag gebracht. Daraufhin verließ Bgm. Höller den Sitzungssaal und der Beigeordnete leitete die Sitzung weiter. Er macht bekannt, daß man nun das Gehalt des Bürgermeisters regeln solle. In aufregter Ausföhrung nimmt Gem.-Beitr. Schab Stellung gegen den, nach seiner Ansicht zu hohen Gehalt. Auch sei der Bürgermeister eine alte verbrauchte Kraft. Hierzu nimmt Beigeordneter W. Wagner das Wort und widerlegt alles was Schab angedeutet hat. Daraufhin wurde mit allen Stimmen (außer der von Schab) beschlossen, den Gehalt zu gewähren. Nach kurzer Ansprache über das Holz, das man den Fuhrwerksbesitzern beließ, wurde die Sitzung um 1 1/2 Uhr geschlossen.

Aus der Chronik der Vergangenheit.

Parochialeinteilung des Amtes Homburg.

Durch Verordnung der Landgräfl. Hess. Landesregierung II. Deput. vom 9. Mai 1862 wurde bestimmt, daß: 1) die Grenzen der Pfarregebiete herkömmlich und rechtlich mit den (Zeld- u. Wald-)Gemarkungsgrenzen derjenigen Orte, welche das Pfarregebiet bilden, dedend zusammenfallen und die einer Ortsgemarkung nicht zugehörigen Landgräfl. Domonialwaldungen dem Pfarregebiet der Stadt Homburg zugerechnet werden. 2) Zur Beschaffung bestimmter Parochialverbände die Luthoraner der Gemeinde Kirdorf dem lutherischen Pfarramt zu Homburg, die Luthoraner der Gemeinde Friedrichsdorf dem lutherischen Pfarramt zu Seuberg, die Luthoraner der Gemeinde Dornholzhausen dem lutherischen Pfarramt zu Oberstedten, die Reformierten der Gemeinden Kirdorf und Gonsenheim dem reformierten Pfarramt zu Homburg, die Reformierten der Gemeinden Köppern, Dillingen und Seuberg dem reformierten Pfarramt zu Friedrichsdorf und die Reformierten der Gemeinde Oberstedten dem reformierten Pfarramt zu Dornholzhausen zugewiesen. 3. Alle in Amte Homburg lebenden Katholiken, wie sich dieses von selbst versteht, dem katholischen Pfarramt zu Kirdorf zugewiesen sind. Die katholische Pfarrei zu Homburg bestand damals noch nicht.

Die Schuh-Misere.

Richard Calwer macht in den von ihm herausgegebenen „Wirtschaftlichen Tagesberichten“ Mitteilung von einem Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an den Reichswirtschaftsrat. Darin wird darauf verwiesen, daß der Preis für Leder, insbesondere Unterleder, im Auslande niedriger als im Inlande ist. Besonders auffällig liegen die Verhältnisse zur Zeit in Italien. Hier ist Unterleder für rund 40 bis 50 Mark zu haben.

während es im Inlande noch 110 bis 135 Mark kostet. Anstatt die Einfuhr nach Möglichkeit zu begünstigen, hat das Reichswirtschaftsministerium schwere Bedenken. Denn, so teilt es in seinem Schreiben mit, die Vertreter der Lederindustrie seien vorstellig geworden, von der ungehinderten Einfuhr des billigen ausländischen Leders Abstand zu nehmen.

Obwohl nun das Reichswirtschaftsministerium weiß und es in dem Schreiben ausspricht, daß die Lederindustrie selbst die freie Wirtschaft gewollt hat, folglich auch Konjunkturschwankungen mitinkaufen nehmen muß, daß die Regierung es werde schwer verantworten können, die Einfuhr billigen Leders und demzufolge die rapide Senkung des inländischen Lederpreises eventuell auch der Schuhpreise hintanzuhalten, nur um eine Industrie zu schützen, die diese Lage schließlich selbst mit herbeigeführt hat, geht das Reichswirtschaftsministerium doch einen Weg, der dem Volke eine Verbilligung des Schuhwerkes nicht bringt. Es stellt sich vielmehr hinter die Lederindustrie und hängt seinem Vorschlage ein sozialpolitisches Mantelchen um. Man will die Lederpreise auf ihrer Höhe lassen, die Grenzen unbedingt geschlossen halten und die Lederindustrie verpflichtet, eine gewisse Menge Schuhbedarfes zu mäßigen Preisen an die Reichsschuhversorgung zum Zwecke der Durchführung der Notstandsaktion abzuliefern. Man macht also eine lahmende Notstandsaktion zum Vorwand, um die Verbilligung des Schuhwerkes unmöglich zu machen. Dabei wird in dem Schreiben des Reichswirtschaftsministers offen zugegeben, daß bei ungehinderter Einfuhr des Leders die deutsche Bevölkerung schnell mit billigeren Schuhen und Lederpreisen zu rechnen hätte, während dies bei dem vom Reichswirtschaftsminister empfohlenen Wege nicht der Fall sein würde.

Das Schreiben des Reichswirtschaftsministers Schmidt an den Wirtschaftsrat datiert vom vierzehnten April, die Angelegenheit wird als außerordentlich eilig bezeichnet, der Reichswirtschaftsrat soll entscheiden.

In Potsdam ist übrigens die Bevölkerung wegen der hohen Preise in einen Schußlaufsirell eingetreten, der mit geradezu sportlicher Entschlossenheit geführt wird. Vor den Schaufenstern der Schuhgeschäfte stehen stets mehrere junge Leute in Bewunderung der Preislisten verfunken, die aber in Wahrheit durch ihre Anwesenheit Schwächeanfalle besonders schlecht beschaffter Potsdamer verhindern. Die Karole lautet: „Bis auf die Strümpfe!“ Tatsächlich sind deshalb die Preise mehrmals heruntergesetzt worden, aber das Publikum ist noch nicht zufrieden.

Kurhaus-Konzerte.

Donnerstag, 6. Mai.
Konzert des Kurorchesters.
Dirigent: Konzertmeister Curt Wunsche.
Nachmittags von 4—5.30 Uhr.
Homburger Promenaden-Marsch Matys
Ouverture: Norma Bellini
a. Melodi, b. Serenade Moszkowsky
Fantasie: Der fliegende Holländer Wagner
Ouverture: Tantalusquelen Suppö
Abends aus: Frühlingsboten Raff
Mazurka: Halka Moniuszko
Abends von 8—9.45 Uhr.
Ouverture: Anacreon Cherubini
Intermezzo: Nails Delibes
Vorspiel: Die sieben Rabos Rheinberger
Walzer: Freudenstalten Strauss
Marsch: Hussarenvedette Pacik
Im Theater abends 7.30 Uhr:
Ensemble-Gastspiel von Mitgliedern des
Hessischen Landestheater:
„Der 8. Nov.“
Komödie in 3 Akten.
Im Speisesaal um 8 Uhr:
IV. Vortrag: Dr. Gebhardt.

Letzte Nachrichten.

Grüße Tage für die Straßenbahnunternehmungen.

Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Wie die Morgenblätter berichten, ist die Lage für die Große Berliner Straßenbahn und alle Straßenbahnunternehmungen sehr ernst. Schon die Bewilligung der neuen Lohnforderungen durch den Schlichtungsausschuß wird Betriebsbeschränkungen und Entlassungen zur Folge haben. Die Forderungen der Arbeitnehmer gehen aber über den Schiedsspruch hinaus, so daß der Fahrpreis auf 70 Pf. erhöht werden müßte. Diese weitere Fahrpreiserhöhung dürfte jedoch keine Steigerung der Einnahmen bringen, da schon seit der letzten Fahrpreiserhöhung eine Abnahme der Zahl der Fahrgäste um 12 Prozent zu verzeichnen war.

Letzte Meldung.

Frankfurt a. M., 5. Mai.
Die in Frankfurt a. M. anwesenden französischen Militärs verlangten heute Morgen, die sich seit der Revolution im Präsidium befindlichen Waffen. Die Herausgabe erfolgte. Der Polizeipräsident Ehler stellte hierauf dem Reichsminister sein Amt zur Verfügung. Er bleibt so lange im Amt bis eine Entscheidung herbeigeführt worden ist.

—Vor Anlauf wird gewarnt!—
ruderei Bob Sembrus